

Antrag zur Bundesdelegiertenkonferenz 2005 der JungdemokratInnen /Junge Linken

Antragsteller: Landesverband Hessen

Die BDK möge beschließen:

Gegen die kapitalistische Hegemonie – Wir wollen die ganze Freiheit

Einleitung

In den letzten Jahren ist der Kapitalismus auch in Deutschland wieder brutaler und schärfer geworden. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich, für abhängig Beschäftigte wird die Finanzierung der eigenen Existenz prekärer, die Arbeitsbedingungen werden schlechter. Von der Idee eines sozialen Kapitalismus ist substanziell im öffentlichen Diskurs fast nichts mehr übrig geblieben. Es gibt nahezu kein Ausbeutungs- und Unterdrückungsinteresse mehr, das nicht ein Politiker oder ein Lobbyist in einer Talkschau oder im Bundestag unverbrämt und unverkleidet formulieren könnte. Und für Gesetzgebung und Exekutive gilt jeden Tag aufs Neue: was heute noch undenkbar erscheint, wird morgen schon umgesetzt.

Neu ist nicht allein, die Geschwindigkeit mit welcher der Sozialabbau voranschreitet. Neu ist auch, dass das neoliberale Rechtfertigungsgeschwätz so allgegenwärtig ist. Ironischerweise ersteht die alte Verelendungstheorie im Neoliberalismus aus dem Grabe auf: wenn der Kapitalismus nur dann gut funktionieren kann, wenn die Lebensbedingungen des größeren Teils der Bevölkerung schlechter werden, dann heißt das, dass ein gut funktionierender Kapitalismus schlechtere Lebensbedingungen für den größeren Teil der Gesellschaft bedeutet.

Gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und Lobbyisten und unter Beihilfe der Presse tut die rot-grüne Bundesregierung fast alles, um die neoliberale Variante des Kapitalismus zur vollen Entfaltung zu bringen. Es geht ihr um die Schwächung der ökonomisch Schwachen, die Stärkung der ökonomisch Starken. Es geht ihr um die Bereicherung der Besitzenden. Die Politik der Koalition von SPD und Grünen ist keineswegs alternativlos, wie uns die Apologien glauben machen wollen; sie folgt nicht Sachzwängen sondern Zielen. Nicht für jeden in dieser Republik sind höhere Gewinnmargen ein Vorteil. Es wird nicht irgend eine Art von Gemeinwohl angestrebt, es werden Interessen durchgesetzt; und die Durchsetzung der Interessen von (Shareholder-) Kapitalisten geht ökonomisch zu Lasten der weniger Besitzenden.

Dass der ewige Talkschaugast Henkel oder der jeweilige Chefkanibale des Arbeitgeberverbandes oder das Fähnlein alter Männer bei Sabine Christiansen sich so äußern können, wie sie es tun, hängt vor allen Dingen auch mit der – theoretisch nur scheinbaren, politisch aber realen – Alternativlosigkeit des Kapitalismus zusammen. Stünde der Kapitalismus in Frage, so gäbe es auch weiterhin genügend Leute, die betonten, dass ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz möglich wäre (und sie täten dies zu Recht).

Wir glauben, dass 1. die sozialen Auswüchse der herrschenden Politik angegriffen werden müssen, dass 2. Alternativen zu dieser Politik formuliert werden müssen und dass schließlich 3. politische antikapitalistische Positionen (im Unterschied zu schöngeistigen oder folkloristischen) wieder gestärkt werden müssen. Ein weniger menschenfeindlicher Kapitalismus ist möglich und muss angestrebt werden, aber spätestens die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass der Kapitalismus eine zu gefährliche Angelegenheit ist.

Armut und Reichtum in Deutschland: Steigendes Armutsrisiko und wachsende soziale Ungleichheiten unter Rot-Grün!

Die Veröffentlichung des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts zu den „Lebenslagen in

Deutschland“ stand ursprünglich bereits für den Herbst 2004 an. Diese ist nicht erfolgt, jedoch nicht etwa, weil der Bericht nicht fertig geworden ist. Die rot-grüne Bundesregierung hält seit September 2004 die Veröffentlichung des zweiten Armuts- und Reichtumsbericht zurück, weil er eine verheerende Bilanz und politischen Sprengstoff beinhaltet: Wie erste an die Öffentlichkeit gedrungene Teile des Berichts zeigen, sind in den sechs Jahren rot-grüner Koalition die sozialen Ungleichheiten in Deutschland deutlich gewachsen.

- *Steigendes Armutsrisiko*: Von 1998 bis 2003 ist Armutsrisikoquote insgesamt von 12,1% auf 13,5% gestiegen. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht 2001 hatte bereits deutlich gemacht, dass besonders Erwerbslose, Alleinerziehende und kinderreiche Familien von Armut betroffen sind und dass das Bedarfsniveau der Hilfe zum Lebensunterhalt in seiner Höhe nicht ausreicht und die Sozialhilfe den Anspruch, Armut zu vermeiden und zu bekämpfen daher unzureichend erfüllt. Der zweite Bericht unterstreicht diesen Befund und macht darüber hinaus deutlich, dass auch zunehmend Armut trotz Erwerbstätigkeit existiert. Beschäftigte, die nicht über ausreichende schulische Bildung, Aus- und Weiterbildung verfügen, laufen stärker als früher Gefahr, dauerhaft aus dem Arbeitsleben und damit von einer zentralen Voraussetzung für Teilhabe ausgeschlossen zu sein - und mit ihnen auch ihre Familien.
- *Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich*: Seit dem rot-grünen Regierungsantritt ist eine zunehmende Ungleichheit beim Bruttoeinkommen zu konstatieren. Am oberen Ende wuchs der Besitzanteil der Reichsten am Gesamtvermögen weiter: Die Vermögensesten 10% besitzen 47 % des gesamten Nettovermögen, die unteren 50 % hingegen nur 4 %. Bildungschancen und folglich der soziale Status werden zunehmend „vererbt“: So haben Sprösslinge von Gutverdienern eine 7,4fach größere Chance, ein Studium aufzunehmen, als Kinder aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialem Status. Während die Löhne weiter sinken, nehmen gleichzeitig die Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu: 2004 kam es zur höchsten Steigerung der Unternehmens- und Vermögensgewinne seit der Vereinigung.

Rot-Grün hat seit 1998 die Umverteilung von unten nach oben massiv vorangetrieben. Unternehmen und Spitzenverdiener wurden zunehmend entlastet. So wurde der Spitzensteuersatz gesenkt und der Gesetzgeber hat kontinuierlich den Anteil der Gewinnsteuern (Vermögenssteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und veranlagte Einkommenssteuer) zurückgefahren: Die Wohlhabenden und Unternehmen konnten sich mit Unterstützung der Steuerpolitik nahezu aus der Finanzierung staatlicher Aufgaben verabschieden; der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern an den Steuereinnahmen wurde in den letzten 25 Jahren halbiert; mit der Besteuerung von Erbschaften und Vermögen steht die BRD im internationalen Vergleich am Ende der Skala. Demgegenüber haben Lohnsteuer und die Verbrauchersteuer erheblich an Bedeutung gewonnen. So blieb die Steuerlast überwiegend an den Arbeitnehmern und Verbraucherinnen hängen. Darüber hinaus sind die immer mehr Erwerbsfähige von der Ausweitung geringfügiger Beschäftigung und den Verschärfungen von Zumutbarkeitsregelungen betroffen.

Damit werden zwei Dinge deutlich:

- Die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich ist wesentlich Ergebnis der Politik.
- Die finanzielle Krise des Sozialstaates und der öffentlichen Kassen ist hausgemacht und wesentlich darauf zurückzuführen, dass auf eine angemessenen Besteuerung der Wohlhabenden sowie Verbreiterung der Sozialpflicht verzichtet wurde und stattdessen genau das Gegenteil, nämlich die Entlastung von Unternehmen und Spitzendverdienern verfolgt wurde.

JD/JL wenden sich entschieden gegen die zunehmende und politisch erzeugte soziale Schieflage und die damit einher gehende Zunahme sozialer Exklusion. Derzeit werden die Themen

Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilung von links inklusive der Gewerkschaften nur zögerlich besetzt. JD/JL treten dagegen konsequent für eine Politik der Umverteilung von oben nach unten ein!

Unwahrheiten, Halbwahrheiten und Irreführungen im wirtschaftspolitischen Diskurs

Es sind im Wesentlichen zwei Sachzwangargumente, die die den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Umbau begleitenden Debatten dominieren und diesen Umbau alternativlos erscheinen lassen:

- Wettbewerbsfähigkeit: die Globalisierung erzeuge einen vor allem wirtschaftlichen Konkurrenzdruck, der die deutsche Wettbewerbsfähigkeit bedrohe.
- Zukunftsfähigkeit: Deutschland sei mit einer wachsenden Überalterung der Bevölkerung konfrontiert. Die absehbare „Überalterung“ der Bevölkerung führe zu einer Unfinanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und stelle die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft in Frage.

Beides, die Sicherung der Wettbewerbs- und der Zukunftsfähigkeit erfordere einen radikalen Umbau, der sich sowohl auf die Arbeitsbeziehungen – z.B. Lohnnebenkosten, Arbeitszeiten, Tarifverträge, Kündigungsschutz – sowie auf die sozialen Sicherungssysteme – erneut Lohnnebenkosten, Anspruchsdenken etc. – beziehen müsse.

Beide Argumente sind in Teilen falsch, teilweise halbwahr und insgesamt irreführend. Sie dienen in erster Linie dazu, die hinter den aktuellen wirtschaftspolitischen Umbau- und sozialpolitischen Abbaumaßnahmen stehenden politischen Interessen zu verdecken. Als Jugendverband mit emanzipatorisch-aufklärerischem Selbstverständnis müssen JungdemokratInnen/JungeLinke hier Aufklärungsarbeit leisten:

- Zwar geht von der Globalisierung ein sich verschärfender Konkurrenzdruck auch auf die deutsche Wirtschaft aus, von einer *Bedrohung* der Wettbewerbsfähigkeit kann weder vom Ergebnis in der Vergangenheit noch von der Tendenz für die Zukunft her die Rede sein: Deutschland verzeichnete trotz relativ hoher Löhne und Gehälter in den letzten Jahren den höchsten Export sowie den höchsten Außenhandelsüberschuss der Welt. Dies spricht dafür, dass Deutschland zu den wettbewerbsfähigsten Ländern überhaupt gehört. Dies liegt sowohl an den niedrigen Lohnsteigerungen als auch an der hohen Produktivität. Beide zusammen führen dazu, dass die Lohnstückkosten, d.h. die Belastung der Produktion mit Arbeitskosten, zu denen auch alle „Lohnnebenkosten“ gehören, sich im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich entwickelt haben. Die Kehrseite der auf diese Weise erreichten hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist die Schwäche der deutschen Binnennachfrage und eine finanzielle Verschlechterung der Lebenssituation eines Großteils der Bevölkerung. Gewinner sind Unternehmen und Besserverdienende, die von den sinkenden Steuerzahlungen usw. profitieren.
- Richtig ist, dass wir derzeit eine Alterung der Gesellschaft beobachten können. Der „demographische Faktor“ allein braucht einen jedoch noch nicht in Angst und Schrecken zu versetzen. Die Altersstruktur der Bevölkerung verschiebt sich ebenso wie sich ökonomische Rahmenbedingungen oder auch politischen Verhältnisse verändern. Die jeweiligen Entwicklungen sind jedoch nicht oder zumindest nur sehr schwer vorhersehbar. Etwaige Prognosen sind daher zunächst einmal mit größter Vorsicht zu genießen. Gerade die Bevölkerungsentwicklung hängt stark von politischen (z.B. Migrationspolitik), medizinischen, technischen und anderen Entwicklungen (Krieg) ab.

Daraus folgt zum einen, dass es einen gesellschaftlichen Entwicklungsverlauf, bei dem alle

Generationen gleich behandelt werden, ökonomisch gesehen nicht geben kann. Es gibt genügend historische Beispiele für Verlierer- und Gewinnergenerationen, wie die Baby-Boomer-Generation, die mit überfüllten Kindergärten, Schulen etc. konfrontiert war. Zum anderen ist gerade mit Blick auf die Frage sozialer Zukunftssicherung das Verhältnis zwischen Alten und Jungen nur ein Teil der Geschichte. Wenn z.B. weniger Menschen trotzdem mehr produzieren, dann können sie auch mehr versorgen. Interessant ist dabei vor allem eine Relation, nämlich die zwischen gesellschaftlichem Reichtum und zu finanzierenden sozialen Ausgaben. Natürlich ist der demographische Faktor hier nicht unbedeutend, denn wenn die Zahl der Rentner sich relativ erhöht dann steigt auch der relative Anteil der Sozialausgaben aber der demografische Faktor ist eben nur ein Faktor und noch nicht mal der entscheidende. Die aktuellen Probleme der über Löhne und Gehälter umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme sind vor allem auf die anhaltend hohe Erwerbslosigkeit, auf die Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der Löhne und Gehälter und auf die Ausbreitung prekärer und niedrig entlohnter Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Alle drei Faktoren führen zu geringeren Einnahmen der Sozialversicherungssysteme. Die derzeitigen sozialpolitischen Umbau- und Abbaumaßnahmen in Richtung „mehr Eigenverantwortung“ und „private Vorsorge“ beheben diese Probleme nicht, sondern verschlechtern in erster Linie die Situation für einen Großteil der Bevölkerung. Die Profiteure dieser Politik sind auch hier in erster Linie die Unternehmen, deren Beiträge zur Sozialversicherung gedeckelt werden aber gerade auch die Finanzinstitute, bei denen die Menschen sich jetzt privat für die Leistungen versichern müssen, die aus der öffentlichen Versicherung gestrichen wurden.

Alternative Ansätze und Möglichkeiten für Wirtschafts- und Sozialpolitik – Kurz- bis mittelfristige Perspektiven

Für JungdemokratInnen/Junge Linke als Verband mit dem Anspruch auch immer vor dem Hintergrund der aktuellen Verhältnisse Alternativen aufzuzeigen, stellt sich damit die Frage nach alternativen Möglichkeiten und Gegenentwürfen unter den aktuellen Bedingungen. Neben Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit steht für Radikaldemokraten dabei vor allem die Entwicklung einer demokratischen Perspektive auf wirtschaftliche Prozesse bzw. das Ziel einer Demokratisierung der Wirtschaft im Zentrum.

Aus einer solchen Perspektive kommt insbesondere dem Staat bzw. den jeweiligen gewählten Organen eine wichtige Bedeutung bei der Gestaltung und Steuerung gesamtwirtschaftlicher Prozesse zu. Es ist insbesondere die Aufgabe des Staates, die Produktion und Bereitstellung öffentlicher Güter in ausreichendem Maß sicher zu stellen. Die Aushandlung von Prioritätensetzungen im Bereich öffentlicher Güter ist dabei Gegenstand des demokratischen Prozesses. Eines gestaltenden Staates bedarf es insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Krisenzeiten, da sich derlei gesamtgesellschaftliche Krisen nicht durch die Entfesselung der an je spezifischen Eigen- bzw. Gewinninteressen orientierten Marktkräfte im „freien Selbstlauf“ überwinden lassen. JD/JL setzen sich daher für eine staatliche Gestaltungspolitik ein, die sich an den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Demokratie orientiert. Konkret heißt die:

- *Unmittelbare Stärkung der Binnenkonjunktur*: In Zeiten der aktuellen Wachstums- und Beschäftigungskrise bedarf es insbesondere einer staatlichen Politik, die sich an der Stärkung der Binnenkonjunktur orientiert. Dazu dürfen die Staatsausgaben nicht – wie aktuelle der Fall - gekürzt werden, weil über den dadurch bewirkten Nachfrageausfall gegenüber der Privatwirtschaft Einkommen und Beschäftigung um ein Vielfaches sinken. Dies bedeutet auch, dass, um Einbrüche bei der konsumtiven Nachfrage zu vermeiden, die Sozialtransfers nicht gekürzt werden dürfen. Zur Stärkung der Binnenkonjunktur bedarf es insbesondere eines sofortigen, mittelfristig ausgerichteten staatlichen Investitionsprogramms. Dabei geht es nicht um die Erzeugung von Wertschöpfung egal mit welchen Maßnahmen. Vielmehr geht es um die Finanzierung und den Ausbau wichtiger öffentlicher Aufgaben (etwa im Betreuungs- und Pflegebereich) sowie dringlicher,

zukunftsweisender öffentliche Infrastrukturinvestitionen (bspw. im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, nachhaltige Energien). Die Finanzierung des Investitionsprogramms erfolgt über öffentliche Kreditaufnahme als Vorfinanzierung des Aufschwungs. Darüber hinaus müssen auch Steuereinnahmen sozial gerecht zur Finanzierung dringlicher öffentlicher Aufgaben mobilisiert werden.

- *Kurz- bis mittelfristige Reform der Steuerpolitik:* Insgesamt muss der aktuelle, sozial ungerechte und ökonomisch kontraproduktive Steuersenkungswettlauf gestoppt werden. Stattdessen bedarf es einer Steuerpolitik, die sich erstens daran orientiert, dass der *Umfang des Steueraufkommens* so groß ist, dass er ausreicht, die öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Für die nähere Zukunft stehen infrastrukturelle, ökologische und sozialen Herausforderung an, die die Politik vor zusätzliche Steuerungsaufgaben stellen und für die zusätzliche Ressourcen erforderlich sind. Die Steuereinnahmen dürfen also nicht sinken, sondern sie werden langfristig steigen müssen. Angesichts des historischen Tiefstands des Anteils der Steuern am Bruttoinlandsprodukt (2003: 21 %, niedrigste Steuerquote in der EU) können auch im internationalen Vergleich die Steuereinnahmen ausgeweitet werden. Zweitens muss die (steigende) *Steuerlast gerecht verteilt* werden. Ansätze für eine solchermaßen veränderte Steuerpolitik sind u.a.: Reaktivierung der Vermögenssteuer; Reform der Erbschaftssteuer, insbesondere hinsichtlich einer Senkung der Freibeträge sowie der Schwelle, ab der der Höchststeuersatz greift; Abbau diverser komplexer Steuervermeidungstatbestände; Reform der Einkommenssteuer dahingehend, dass (wieder) alle Einkunftsarten – auch Spekulationsgewinne und Dividendeneinkünfte - zu einem persönlichen Gesamteinkommen addiert und als Basis der Einkommenssteuerberechnung dienen; sowie die Mindestbesteuerung von Unternehmen.
- *Kurz- bis mittelfristige Reformen des Gesundheits- und Rentensystems:* Hauptziel sozialer Sicherungssysteme muss es sein, Menschen gegenüber den großen sozialen Risiken des Lebens umfassenden Schutz zu geben. Das heißt konkret, dass dann, wenn diese Risiken eintreten, der bisherige Lebensstandard durch gesellschaftliche Unterstützung aufrecht erhalten bleibt und materielle Armut und Obdachlosigkeit auf jeden Fall verhindert werden. Die kurz- bis mittelfristige Umsetzung dieses Grundsatzes erfolgt in den jeweiligen Systemen auf unterschiedliche Weise:
 - *Gesundheitssystem:* Die Leistungskürzungen und Verteuerungen der jüngsten Reform werden zurück genommen. Stattdessen wird ein umfassendes medizinisches Versorgungssystem etabliert, das alle notwendigen Maßnahmen der präventiven und kurativen Medizin bereitstellt. Es erstreckt sich auch auf Personen ohne Beschäftigung und auf die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Zur Finanzierung einer solchen öffentlichen Gesundheitsfürsorge ist kurz- mittelfristig eine Reform des einkommensbezogenen Beitragssystem notwendig, dahingehend, dass alle Mitglieder der Gesellschaft (also auch Beamte, Selbständige, Freiberufler) in das einkommensbezogene Beitragssystem einbezogen werden. Das Einkommen, das für die Höhe der Beiträge bestimmend ist, muss dabei neben den Löhnen und Gehältern – auf die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite jeweils hälftig die Beiträge zahlen – auch andere Einkommen (wie Gewinne, Zinsen, Mieten etc.) einbeziehen. Darüber hinaus muss die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden. Diese Ausweitung des Versichertenkreises und der Beitragsbasis schafft kurz- mittelfristig eine Finanzierungsgrundlage für das Gesundheitssystem. Langfristig muss über Möglichkeiten eines steuerfinanzierten Gesundheitssystems nachgedacht werden.
 - *Rentensystem:* Ziel ist eine Reform des Rentensystems, die die bestehenden Verteilungsungleichheiten abbaut, anstatt sie zu verstärken. Auch müssen die durch die beiden letzten Reformen bewirkten Verschlechterungen rückgängig gemacht werden. Ein darüber hinaus gehendes Problem ist, dass nach dem jetzigen Modell an

der Einkommenshöhe orientiert ist und in der Folge die Rentenschichtung die Erwerbsposition und die Hierarchie der Erwerbseinkommen widerspiegelt. Dies geht insbesondere zu Lasten von Frauen, deren eigenständige Renten bzw. Rentenanwartschaften zwar langsam ansteigen, die wegen ihrer spezifischen Lebens- und Erwerbsverläufe in aller Regel aber nach wie vor kurze und unterbrochene Versicherungsbiografien sowie niedrige Entgelte aufweisen. Aber auch andere viele andere Personen, die aus diversen Gründen keine sogenannte Normalerwerbsbiographie aufweisen bzw. dem Modell des Eckrentners nicht entsprechen, haben unter den derzeitigen Verhältnissen schlechte Karten. Aus emanzipatorischer Sicht muss es dabei das Ziel sein, dass eine materiell abgesicherte individuelle und flexiblere Lebensplanung möglich ist. Hierzu muss kurz- bis mittelfristig eine gesetzliche Mindestrente eingeführt werden.

Zur Finanzierung muss die Rente auf eine neue Basis gestellt werden. Die Verbreiterung der Finanzierungsbasis sollte kurz- bis mittelfristig durch eine Ausweitung des Kreises der Versicherten (auf Selbständige, Freiberufler und – in mittlerer Frist – auch die Beamten) erfolgen. Langfristiges Ziel muss es sein, stärker Umverteilungspotentiale zu mobilisieren. Ein möglicher Reformschritt wäre die zumindest anteilige Finanzierung über eine Wertschöpfungsabgabe: Bisher ist es so, dass Betriebe ihre Rentenbeiträge abhängig von ihrer Angestelltenzahl und von deren Löhnen leisten müssen. So kommt es, dass z.B. der Altenpflegedienst bei geringerer Wirtschaftskraft aber höherer Angestelltenzahl einen höheren Anteil an Sozialabgaben leisten muss als die Rechtsanwaltskanzlei nebenan. Eine Wertschöpfungsabgabe würde sich stattdessen an der Wirtschaftskraft der Unternehmen orientieren. Damit würde auch ein System durchbrochen, das den belohnt, der viel entlässt oder den, der seine Angestellten Überstunden kloppen lässt, anstatt neue Leute einzustellen.

Arbeitswelt emanzipatorisch gestalten - Soziale Grundsicherung für alle!

JD/JL setzen sich für die Demokratisierung aller Lebensbereiche ein und treten ein für den gesellschaftlichen Abbau von Herrschafts- und Machtverhältnissen, um die selbstbestimmte Gestaltung der Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen zu ermöglichen. Dies gilt auch für die Arbeitswelt! JD/JL kritisieren den in weiten Teilen undemokratischen und autoritären Zustand der Arbeitswelt und treten für eine demokratische und emanzipatorische Veränderung ein.

JD/JL wenden sich daher gegen eine Arbeits(markt)politik, die vor allem auf eine *quantitative* Senkung der Arbeitslosenzahlen zielt und bei der die *qualitative* Beschaffenheit dieser Erwerbsmöglichkeiten (Entgelthöhe, soziale Absicherung etc.) ebenso wie ihr Sinn und Zweck nahezu keine Rolle spielen und jede Arbeit besser ist als keine, worin auch immer sie bestehe, zu welchem Zweck und unter welchen Bedingungen sie auch immer verrichtet wird. Dagegen streiten JD/JL dafür, Sinn und Zweck sowie Form und Inhalt von Arbeit zum Gegenstand demokratischer Reflexion und Auseinandersetzung zu machen – und zwar auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene. Ersteres, damit beim Wie und Was innerhalb des Arbeitsprozesses eine Orientierung an den Bedürfnissen der Beschäftigten erfolgt. Letzteres damit das Produzierte bzw. die angebotenen Dienstleistungen sich an den Bedürfnissen der Konsumierenden orientieren. JD/JL unterstützen daher Entwicklungen und Initiativen, die individuelle Freiräume schaffen sowie kollektiv-demokratische Praktiken in der Arbeitswelt stärken.

JD/JL wenden sich darüber hinaus insbesondere gegen die aktuellen arbeits(markt)politischen Entwicklungen und Gesetze, die zu einer verstärkten autoritären Gängelung der Beschäftigten und Hilfebedürftigen führen. Gegen diese autoritären Entwicklungen in Richtung Arbeitsdisziplin und Zwang zur Arbeit setzen JD/JL die Forderung nach Freiheit und individueller Selbstbestimmung und treten daher ein für eine Einführung einer Sozialen Grundsicherung für alle!

Der Zwang zur Lohnarbeit wohnt grundsätzlich dem Kapitalismus inne. Außer einer kleinen Schar von Glückspilzen, die bspw. aufgrund einer Erbschaft zu den Kapitaleignern zählen, ist die

überwiegende Mehrheit um des Überlebens Willen auf den Verkauf der Arbeitskraft angewiesen. Wie stark dieser Zwang jedoch ist, hängt in der konkreten Phase des Kapitalismus wesentlich von der Qualität der staatlichen sozialen Absicherung im Falle der Erwerbslosigkeit ab. So wie ein hohes materielles soziales Absicherungsniveau Erwerbslose davor bewahrt, allein aufgrund unmittelbarer Existenzangst eben jeden Job annehmen zu müssen, ist das Gegenteil wiederum der Fall, wenn die sozialen Sicherungssysteme konsequent abgebaut bzw. autoritäre Arbeits(markt)politische Maßnahmen verschärft werden. Deswegen sind Abwehrkämpfe gegen weitere Einschränkung in die existierenden Sicherungssysteme wichtig.

Dennoch kann sich Emanzipatorische Politik nicht damit begnügen, eine Sozialstaatskonzeption zu verteidigen, die nie wirklich eine emanzipatorische war: Kontrolle, Disziplinierung und Gängelung sind seit jeher Bestandteile des bundesdeutschen Sozialsystems.

Demgegenüber erweitert die Einführung einer sozialen Grundsicherung die individuellen Freiräume. Danach erhält jeder Mensch einen unabhängigen Versorgungsanspruch, losgelöst vom Verhalten und Familienstand. Die Vergabe der sozialen Grundsicherung erfolgt durch den Bund und wird aus den allgemeinen Steuermitteln finanziert. Die Höhe der Leistungen muss so bemessen sein, dass eine umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben möglich ist.

Wie die meisten anderen Maßnahmen können auch mittels Sozialer Grundsicherung verschiedene und durchaus auch ungewünschte Effekte erwirkt werden. So dämmt die Soziale Grundsicherung den Zwang, die eigene Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkaufen zu müssen. Es besteht aber gleichzeitig die Gefahr, mit der Einführung der Sozialen Grundsicherung einen „Abschiebebahnhof auf hohem Niveau“ zu schaffen. Um dieser Gefahr entgegen zu wirken, darf die Soziale Grundsicherung kein isoliertes arbeits(markt)politisches Mittel sein, sondern muss in ein Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen eingebettet sein, die die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Arbeitsprozess ermöglichen (z.B. Arbeitszeitverkürzung).

Finanzierbar ist die Soziale Grundsicherung nur, wenn der gesellschaftliche Reichtum umverteilt wird. Erhöhte steuerliche Belastung hoher Einkommen und Gewinne, die Wiedereinführung von Vermögenssteuer, Gewerbesteuer oder die wirkungsvolle Schließung von Steuerschlupflöchern wären auch in diesem Zusammenhang ein Anfang. Hier geht es in der Tat um weitreichende Verteilungs- und Interessenkämpfe!

Mit der Einführung einer Sozialen Grundsicherung würden gegenwärtig vorhandene soziale Kontrolle spürbar zurückgedrängt und eine Reihe autoritärer Strukturen überwunden. Durch die reale Abmilderung der Ausbeutungssituation wäre die Angst vor der sozialen Ausgrenzung und der damit verbundene individuelle Anpassungsdruck vermindert. Ein Klima in dem nicht mehr jede Arbeit allein dadurch attraktiv scheint, dass sie besser ist als ein Leben in Armut, könnte ferner helfen, neue Formen der Arbeit zu erzwingen.

Eine Soziale Grundsicherung in dieser Form betreibt bereits tendenziell die Entkopplung von Einkommen und Arbeit. Sie markiert daher eine Abkehr vom lohnarbeitszentrierten Arbeitsbegriff. Diese Abkehr vom lohnarbeitszentrierten Arbeitsbegriff als notwendige Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise könnte letztlich *eine* wichtige Voraussetzung für die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse selbst sein.

Antidemokratische Tendenzen im Kapitalismus

Der zentrale Ausgangspunkt landläufiger (linker) Kapitalismuskritik ist der des privaten Eigentums an Produktionsmitteln. Dies gilt sowohl auf der beschreibenden Ebene als auch auf der Kritikebene. Kapitalismus definiert sich über Privateigentum und das Privateigentum ist die zu beseitigende Ursache aller denkbaren Übel, derer man den Kapitalismus bezichtigt.

Wir halten diese begriffliche Zuspitzung für irreführend, in mancher Diktion sogar für falsch. Das

Problem kapitalistischen Wirtschaftens ist die Konzentration der Verfügungsgewalt über die Bedingungen des Arbeitens und schließlich über das Arbeiten selbst in den Händen Weniger. Im Zentrum unserer Kritik stehen die daraus in der Tendenz resultierenden autoritären Verhältnisse und nicht etwa, dass „die Kapitalisten“ etwas erhielten, was – nach einer ungeklärten Gerechtigkeitsvorstellung – nicht ihnen, sondern anderen zustünde.

Im Eigentumstitel ist Verfügungsgewalt enthalten, aber beide Begriffe sind nicht deckungsgleich.. Verfügungsgewalt kann politisch-rechtlich eingeschränkt werden, wie sie es ja auch jetzt schon in vielen Fällen ist. Die mit dem Eigentumstitel verbundenen Rechte können mehr oder minder ausgeweitet, mehr oder minder eingeschränkt sein. Daher kann es auch mehr oder minder autoritäre, mehr oder minder üble Formen des Kapitalismus geben, so dass auch immanente Reformen kapitalistischer Verhältnisse, erstrebenswertes Ziel radikaldemokratischer Politik sind. Werden die mit dem Eigentumstitel verbundenen Rechte so weit beschnitten, dass von *realer* Verfügungsgewalt nicht mehr die Rede sein kann, so verändert sich etwas im Wesen der Sache: es findet ein Umschlag von der Quantität zur Qualität spätestens dann statt, wenn der Eigentumstitel nur noch auf dem Papier besteht. Mit dem Ende privater Verfügungsgewalt könnte man nicht mehr sinnvoll von Kapitalismus sprechen.

Sofern aber Eigentum und Besitz von Kapital mehr als nur *formale* Rechtstitel sind, kann auch der am wenigsten menschenfeindliche Kapitalismus seiner autoritären Momente nie vollständig entkleidet werden. Die kapitalistische Verfügungsgewalt impliziert, dass abhängig Beschäftigte nie vollständig an Entscheidungen über die Bedingungen ihres Arbeitslebens beteiligt sind. Sie müssen sich letztlich immer ohne auch nur mittelbaren – etwa demokratischen – Einfluss fremdbestimmten Vorgaben anpassen. Durch diese unhintergehbare letzte Heteronomie besteht eine Tendenz, dass die Individuen in ihre Charakterstruktur autoritäre Momente aufnehmen, um sich ihren Lebensbedingungen anzugleichen. Kapitalismus steht damit im Widerspruch zu einer emanzipierten Gesellschaft die in der Autonomie ihre Mitglieder gründet.

Das autoritäre Potential verschafft sich aber auch auf anderen Ebenen Raum: Die Verfügungsgewalt über die Mittel und Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion unterscheidet sich von anderen Arten privater Verfügungsgewalt dadurch, dass sie einen Bereich betrifft, der in der Lage ist in andere Bereiche des privaten und gesellschaftlichen Lebens überzugreifen und sich diese unterzuordnen. Es entsteht ein undemokratisches Ungleichgewicht zwischen Gruppen, die diese Art von Verfügungsgewalt im hohen Maße besitzen – den Kapitalisten – und solchen, die von ihr ausgeschlossen sind. Einfluss bis hin zur Unterordnung vollzieht sich zum einen mittelbar, indem Sachzwänge bzw. indirekt steuernde Strukturen geschaffen werden. Ein Beispiel hierfür ist die Angleichung des Bildungsbetriebs an die Erfordernisse des kapitalistischen Arbeitsmarktes: die Beschaffenheit kapitalistischen Wirtschaftens erfordert von abhängig Beschäftigten eine spezifische Zurichtung in der Ausbildung. Andernfalls droht die Konsequenz aus dem Erwerbsarbeitsprozess heraus zu fallen. Es entsteht ein hoher Druck auf staatliche Bildungsbetriebe, sich diesen Bedürfnissen anzugleichen. Zum anderen kann die Verfügungsgewalt auch unmittelbar zur Erpressung eingesetzt werden, etwa wenn Kapitalisten von Kommunen bei der Wahl von Betriebsstandorten Zugeständnisse einfordern.

Auf einer dritten Ebene greift das autoritäre Potential vermittelt über die Anhäufung von Reichtum. Kapitalismus führt zur Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger. Dieser Reichtum kann in gesellschaftliche und politische Macht umgesetzt werden. Zu den Mitteln zählen die Finanzierung vieler und überaus starker Interessenverbände und Lobbyisten, Parteienfinanzierung, sowie „public-private partnerships“, aber auch die Bestechung staatlicher und politischer Entscheidungsträger als die plumpeste und direkteste Methode. In den letzten Jahren tritt eine neue Form der politischen Lobbyarbeit hinzu, deren Effekt weniger auf die Durchsetzung bestimmter politischer Entscheidungen abzielt, sondern die sehr erfolgreich – unter Zuhilfenahme von Methoden aus PR und Marketing – die Hegemonie kapitalistischer Interessen in der politischen Klasse, aber auch in breiten Schichten der Gesellschaft durchsetzt; besonders erfolgreiche hegemoniepolitische Akteure

dieses neuen Stils sind beispielsweise die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und das „Centrum für Hochschulentwicklung“.

Demokratie und Kapitalismus vertragen sich nicht gut. Zwar ist die Vielfalt denkbarer kapitalistischer Zustände groß und es muss unser Hauptziel sein den Kapitalismus in jedem seiner Momente zu seinem Besseren zu verändern. Letztlich aber liegt die Sicherung und Durchsetzung demokratischer Verhältnisse in der Überwindung des Kapitalismus. Dies gilt umso mehr für Radikaldemokratie, die in ihrem umfassenden Anspruch die Demokratisierung aller Lebensbereiche verfolgt und damit mit dem notwendigen Moment von Fremdbestimmung im Arbeiten unter kapitalistischen Bedingungen unvereinbar ist.

Elemente einer ökonomischen Utopie

Aus der Forderung nach der Überwindung kapitalistischer Verhältnisse ergibt sich jedoch die Frage nach der Form alternativen Wirtschaftens. Eine *sinnvolle* antikapitalistische Haltung ist schon begrifflich nur denkbar, wenn die Überwindung des Kapitalismus (und zwar zu einem besseren Zustand hin) *möglich* ist, die kapitalistische (private, nicht demokratisch-legitimierte) Verfügungsgewalt also eine Form *unnötiger* Herrschaft darstellt. Der Beantwortung der Frage nach einer Alternative können und dürfen wir daher nicht ausweichen. Einen ausgefeilten Plan braucht es allerdings nicht. Für den Zweck, über die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus Rechenschaft abzulegen, genügen die Grundzüge eines utopischen, aber methodisch durchgeführten Gedankenexperiments auf der Grundlage des verfügbaren ökonomischen und soziologischen Kenntnisstandes. An dieser Stelle können nur mögliche Elemente einer solchen Alternative angedeutet werden. Insgesamt ist in diesem Bereich noch einige theoretische Arbeit von Nöten.

Denkt man an Überwindung des Kapitalismus, so denkt man zumeist an Planwirtschaft. Das ist begrifflich nicht richtig, die Gegensatzpaare sind *kapitalistisch* : *sozialistisch* (*gemeinwirtschaftlich*) und *marktwirtschaftlich* : *planwirtschaftlich*. Planwirtschaft, ob sozialistisch oder nicht, ist keine demokratisch akzeptable Alternative zum Kapitalismus.

In ihrer – nie verwirklichten – Reinform beruht Planwirtschaft auf der Idee der direkten Verteilung von Gütern aufgrund reiner Arbeitsleistung. Dies setzt voraus, dass nicht nur Produktion, sondern auch Bedürfnisentwicklung voraussehbar und planbar sind. Zudem beruht es auf der Fiktion eines vollständig transparenten Produktionsprozesses. Gerade aber unter den Bedingungen intensiven Wachstums können alle Details der Produktion – oder auch nur eines Produktionsabschnittes – nur von den direkt involvierten Akteuren überschaut werden. Zentral sind sie bei sich stetig verändernden Produktionsbedingungen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft nicht erfassbar. In den ehemaligen vorgeblich planwirtschaftlichen Systemen des Ostblocks fand daher die Gütervermittlung marktförmig statt (man sprach von so genannten „formellen Marktbeziehungen“), dies aber im Rahmen dirigistischer Steuerung und daher um den Preis, dass Bedürfnisse stetig einen Vorsprung vor dem Angebot hatten.

Von besonderer Bedeutung für uns sind aber noch vor den ökonomischen Mängeln die politischen: Der Versuch einer umfassenden Planung aller ökonomischer Prozesse setzt einen bürokratischen Apparat gigantischen Ausmaßes voraus. Die Komplexität des Gegenstands ist dabei so hoch, dass eine Kontrolle dieses Apparates durch politische Institutionen Fiktion bleiben muss, sofern diese als demokratisch gewählte nicht einfach Teil des Bürokratischen Apparates sein sollen. Die dirigistische Lenkung des Wirtschaftssystems führt zu Bürokratieherrschaft.

Statt dessen gilt es, das Dezentralisierungspotenzial und das Rationalitätspotenzial einer weitgehend marktförmigen Vermittlung von Gütern zwischen ökonomischen Akteuren auszunutzen. In der Hauptsache bedeutet dies: öffentliche, aber autonom agierende (also nicht dirigistisch durch eine Bürokratie geleitete) Betriebe, die unter Wettbewerbsbedingungen auf einem Markt ihre Güter handeln. Dabei muss die Möglichkeit, auf der Grundlage von privatem Kapital am Markt teilzunehmen gesetzlich sehr stark eingeschränkt werden. Wenn sie überhaupt zu gelassen werden

soll, so muss sie auf kleine, bzw. sehr kleine Unternehmen beschränkt bleiben. Größere Betriebe arbeiten auf der Grundlage von neutralisiertem Kapital: die Verfügungsgewalt über die Arbeitsmittel und Arbeitsbedingungen haben nicht Privatpersonen inne, sondern das demokratisch verfasste Kollektiv der in einem Betrieb Beschäftigten. Private Machtkonzentration würde dadurch effektiv verhindert. Dieses Modell unterscheidet sich von einem genossenschaftlichen zum einen dadurch, dass die Teilnahme am Markt – staatlich garantiert – exklusiv solchen demokratisierten Betrieben vorbehalten ist (jedenfalls ab einer bestimmten Größe). Zum anderen verfällt der Anteil eines Einzelnen an Verfügungsgewalt mit dem Ausscheiden aus dem Betrieb. Es handelt sich um neutralisiertes Kapital, nicht um zusammen gelegtes privates.

Makroökonomische staatliche Planung erfolgt mit den Mitteln der Kredit-, Fiskal- und Währungspolitik. Es wäre denkbar, dass der Staat makroökonomische Steuerung darüber hinaus dadurch betriebe, dass er einen Schlüssel festlegte, der bestimmt, in welchem Maße erwirtschafteter Gewinn in Investitionen fließt und in welchem Maße er in Form von Löhnen ausgeschüttet wird. Daneben stünde selbstverständlich auch weiterhin das ganze Instrumentarium gesetzlicher Rahmenregulierung von ökonomischen Prozessen zur Verfügung.

Konsequenzen für die jungdemokratische Politik

Die schlagartige Überwindung des Kapitalismus steht nicht auf der Tagesordnung. Wollten wir das ignorieren und auf Flugblättern, in Zeitungen und auf Veranstaltungen mit Parolen wie „Kapitalismus abschaffen!“ auftreten, so würden wir uns lächerlich machen. Dennoch besteht ein Unterschied auch im Verhältnis zur Tagespolitik, ob man sich einer grundlegenden Kapitalismuskritik und einer ökonomische Utopie bewusst ist oder nicht.

Auch wenn wir nicht groß, stark und reich genug sind, um in einer Gesellschaft nicht von Staatsbürgern sondern von Untertanen wahrnehmbaren politischen Einfluss zu entfalten, so sind doch unsere Positionen und Aktivitäten immer darauf *angelegt*, einflussreich zu werden. Es geht uns darum, normative Grundpositionen verantwortungsethisch in Realpolitik umzusetzen. Weder dürfen Grundpositionen bezugslos in den Raum gestellt werden als wären schon sie allein allein eine politische Forderung, noch darf von ihnen um des Einflusses willen abgewichen werden. Beides Gefahren sind nur zwei Seiten des gleichen Übels: des Unpolitischen, das sich als Politik ausgibt.

Wenn wir daher eine demokratische ökonomische Utopie entwickeln, so ist sie keine Antwort auf die *gegenwärtigen* Probleme, denen wir uns gegenüber sehen. Wir sind *erstens* keine Gesellschaftsarchitekten, die Staat und Gesellschaft nach einem Entwurf einrichten könnten. Wir werden nie in eine solche Position kommen. Wir dürfen es nicht einmal wünschen, denn solche Architekten kann es nicht geben und wo Menschen versucht haben, es zu sein, war Tyrannei fast immer die Konsequenz. Wir können *zweitens* auch nicht Elemente unserer Utopie als Einzelforderungen aufstellen, denn außerhalb des Systems, welches das utopische Gedankenexperiment entwickelt, können sie völlig ihren Sinn und ihr Wesen verändern. Erst recht nicht können wir *drittens* die Utopie selbst als Forderung aufstellen, im Glauben, dass allein ihre Formulierung irgendeine Bedeutung hätte.

Eine Bedeutung hat die Utopie in anderer Hinsicht. Zunächst erhellt sie den Sinn und die Stoßrichtung unserer tagespolitischen Forderungen; zugleich wirft sie ein scharfes Licht auf die neoliberale Gegenposition und leuchtet so deren Abgründe aus. Sodann wirkt sie nach innen: Normative Momente sind in der politischen Arbeit zumeist implizit. In einer Gruppe von Menschen, die miteinander kooperiert, verfügt jeder Einzelne über eine implizite Kenntnis der normativen Grundlagen der gemeinsamen Tätigkeit. Worin diese Grundlagen genau bestehen, darüber werden sich kaum zwei Personen einig sein, wenn sie versuchen werden, sie zu explizieren. Sie sind unscharf und vage und verschiedene Leute werden sie verschieden interpretieren; sie haben meist nicht einmal einen gemeinsamen Kern, sondern die Gemeinsamkeit stellt sich über ein Netz

von Überschneidungen zwischen verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen her.

Die Formulierung einer antikapitalistischen Grundhaltung und einer dazugehörigen Utopie nun dient dazu, einen Teil dieser normativen Grundlagen zu explizieren, zu rationalisieren und zu systematisieren. Wenn sie nicht expliziert werden, laufen sie in Gefahr, sich unter der Hand zu verändern: nicht nach den Regeln des eines vernünftigen Diskurses, sondern infolge soziologisch zu betrachtender Wirkungszusammenhänge. Im Falle des Kapitalismus ist diese Gefahr besonders groß. Die Vorstellungen der Kapitalistenklasse haben die Öffentlichkeit so stark durchdrungen, sie sind so hegemonial, dass auch menschlichere Positionen gezwungen sind, sich unter Bezugsetzung auf diese Hegemonie zu definieren (das ist das Hauptkriterium einer Hegemonie). Geschieht dies nicht systematisch und in Form einer Abgrenzung, so ist es fast unvermeidlich, dass die Elemente wohlmeinender Positionen unter der neoliberalen Hegemonie eine Bedeutungsverschiebung erfahren.

Auch wir müssen unsere Positionen unter Bezug auf die kapitalistische Hegemonie bestimmen. Und genau *das* ist der Zweck dieses Antrags: wir definieren die wirtschafts- und sozialpolitische Position von JDJL unter Bezugnahme auf die kapitalistische Hegemonie, *indem* wir sie als *antikapitalistische* konstituieren. Eine solche systematisierende Vergegenwärtigung der eigenen Position ist der einzige verlässliche Damm dagegen, von der kapitalistischen Hegemonie selbst durchdrungen zu werden.

Schließlich aber muss sich die normative Grundhaltung in Politik umsetzen. Das bedeutet heute: unsere Arbeitsfelder sind „Armut und Reichtum“, Sozialabbau, Soziale Grundsicherung, alternative Wirtschaftspolitik, Arbeitnehmerrechte etc. Nicht: „Kapitalismus abschaffen!“ Unsere Ziele sind Emanzipation, Demokratie und die Verbesserung von Lebensbedingungen. Insofern diese Ziele gegen den Kapitalismus gerichtet sind, ist unser Ziel die graduelle Überwindung des Kapitalismus. Ob wir in der politischen Arbeit die antikapitalistische Grundposition und die ökonomische Utopie dabei als *cetero censeo* anfügen oder nicht, hängt vom Kontext und vom Zielpublikum ab.

Begründung: erfolgt mündlich